Die Mogelpackung der Steuersenker

Wer die Armutsfalle überwinden und der Mittelschicht helfen will, der darf nicht bei der Einkommensbesteuerung ansetzen

WOLFGANG STRENGMANN-KUHN

Armut und die Angst vor der Armut sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, die Mittelschicht schrumpft. Dieses Ergebnis mehrerer Studien hat die Politik zu Recht alarmiert. Nun überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen zur Entlastung der Mittelschicht und zur Bekämpfung der Armut. Am lautesten verbreitet die CSU den von der FDP abgekupferten Slogan „mehr netto vom brutto". Doch dieser Ansatz hält nicht, was er verspricht. Er geht nicht nur an wesentlichen Problemen vorbei, sondern würde diese sogar noch verschärfen.

Die deutsche Steuerquote ist heute eine der niedrigsten in Europa. Das hat dazu geführt, dass Sozialleistungen nicht im notwendigen Maße verbessert wurden. Auch für die öffentliche Infrastruktur ist das Geld knapper geworden.

Die Höhe der Sozialhilfe und seit 2005 des Arbeitslosengeldes II sind seit Jahren konstant. Das Niveau ist also preisbereinigt gesunken. Gleiches gilt für das Kindergeld, das seit 2001 bei 154 € liegt. Dem Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung ist zu entnehmen (wenn auch nur versteckt in einer Tabelle im Anhang), dass der armutssenkende Effekt der Sozialtransfers von 2001 bis 2006 deutlich gesunken ist.

Zu mehr Ehrlichkeit in der Steuerdebatte gehört, dass konsequent unterschieden wird zwischen den Grenzsteuersätzen und dem real gezahlten durchschnittlichen Steuersatz. Dann zeigt sich schnell, dass die Steuerbelastung gar nicht so hoch ist, wie oft behauptet.

Laut einer aktuellen DIW-Studie hatten selbst absolute Spitzenverdiener, also diejenigen, die zu den 10 Prozent mit den höchsten Einkommen gehören, 2002 nur eine durchschnittliche Steuerbelastung von nicht mehr als 32 Prozent. Für jene, deren Einkommen etwas darunter lag, betrug die durchschnittliche Belastung sogar nur 20 Prozent.

Die unteren Einkommensgruppen zahlen fast gar keine Steuern. Der Eingangssteuersatz von 15 Prozent gilt erst für jeden zusätzlichen Euro, der über dem Grundfreibetrag von 7660 € im Jahr liegt.

Hinzu kommt, dass ein niedrigerer Einkommenssteuersatz nicht nur Geringverdiener entlastet, sondern alle. Jene, deren Schultern breiter sind, haben also durch die Senkung von Spitzen- und Eingangssteuersatz doppelt profitiert.Der Slogan „mehr Netto vom Brutto für alle", der auf niedrigere Einkommensteuern zielt, ist eine Mogelpackung. Richtig ist jedoch, dass Geringverdiener und die Mittelschicht besonders hoch belastet sind. Verantwortlich dafür ist die Finanzierung der Sozialversicherungen. Hier gibt es weder einen Freibetrag, noch steigen die Beiträge progressiv an. Im Gegenteil: Durch die Beitragsbemessungsgrenzen tragen die Einkommensstärksten relativ zu ihrem Einkommen am wenigsten bei. Vermögenseinkommen werden gar nicht herangezogen.

Alternative Bürgergeld

Wer die unteren und mittleren Einkommen entlasten will, der muss hier ansetzen. Durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, eine Einbeziehung der Vermögenseinkommen, eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, zumindest bei der Kranken- und Pflegeversicherung, und die Einbeziehung aller Bürger könnten die Sozialversicherungsbeiträge erheblich sinken. Alternativ zu solch einer Bürgerversicherung wäre eine stärkere Steuerfinanzierung denkbar, die einen ähnlichen Effekt hätte.

Pläne, die auf eine geringere Belastung von Geringverdienern mit Sozialversicherungsabgaben zielen, wie etwa die der SPD, die Einführung eines Freibetrages oder das Grüne Progressivmodell, gehen in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht. Am wirkungsvollsten wäre Einkommensarmut durch eine negative Einkommensteuer in Form eines Grundeinkommens oder eines Bürgergelds zu bekämpfen.

Damit würden zunächst alle gleichmäßig entlastet, hohe Einkommen dann aber durch höhere Steuer- und Sozialabgaben belastet. Für mittlere Einkommen bliebe die Belastung fast gleich. Geringe Einkommen, deren Steuerlast geringer ist als das Bürgergeld, bekämen die Differenz als „negative Einkommensteuer" ausgezahlt. Der Ausstieg aus der Armutsfalle wäre so möglich.

WOLFGANG STRENGMANN-KUHN ist Bundestagsabgeordneter der Grünen

AP/Michael Sohn

ZITAT DES TAGES

„Bei uns geht es nicht so geräuschlos zu, Metall scheppert nun mal mehr"

Martin Kannegiesser, Gesamtmetallpräsident, über die Warnstreiks in der Metallindustrie für eine neue Altersteilzeitregelung. In der chemischen Industrie wurde eine solche Regelung ohne Proteste vereinbart

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel
Cheflayouter: Carsten Lüdemann
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantw.), Jörn Paterak (Stv.); Claus Gorgs (Industrie/Dienstleistungen); Matthias Lambrecht (Reports)
Ressort Politik: Andreas Theyssen (verantw.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent); Dr. Arne Delfs, Ulrike Sosalla (Deutsche Politik), Ines Zöttl (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)
Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantw.); Jörg Berens (Das Kapital), Christina Rathmann (Finanzmärkte)
Ressort Agenda: Dr. Nikolaus Förster (verantw.), Christian Baulig (Stv.), Horst von Buttlar (Agenda), Christian Schütte (Kommentar), David Schumacher (Lifestyle)
Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantw.); Joachim Dreykluft (Online-Nachrichtenchef)

Chefökonom: Thomas Fricke
Beilagen: Volker Bormann
Lektorat: Astrid Froese
Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Geschäftsführer: Christoph Rüth
Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantw.)
Leiter Vertrieb und Marketing: Thomas Frenzel

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsternstr. 1–3, 20355 Hamburg

Abobestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84* * € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 37,50 pro Monat, € 429,00 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer Bescheinigung: € 17,50 pro Monat, € 200,00 pro Jahr. Die FTD erscheint börsentäglich montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214 E-Mail: media@ftd.de Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49)-40-319 90-202

Verlag und Redaktion Hamburg Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Redaktion Frankfurt Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50

Redaktion Berlin Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/319 90-550, wochent. 10–13/14–17 Uhr, leserservice@ftd.de

www.ftd.de **ISSN 1615-4118**

„Financial Times", „Financial Times Deutschland" and „FTD" are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Falsche Freundin

Alice Schwarzer macht sich zur Apologetin der Unterdrückung in Myanmar. Dabei brauchen die Menschen dort jetzt etwas anderes: Hilfe beim Wiederaufbau und im Kampf gegen die Diktatur **VON STEFAN COLLIGNON**

Zum Heulen. Ich sehe die Bilder aus dem zyklonverwüsteten Burma, das die Generäle in Myanmar umgetauft haben, und empfinde abgrundtiefe Wut und Trauer über die Unmenschlichkeit, mit der die Militärdiktatoren das Elend der Naturkatastrophe verschärfen. Und da kommt Alice Schwarzer und erklärt uns, dass sie dies aus „gutem Grund" täten (siehe „FAZ", 31. Mai 2008). Sie hat recht, wenn sie meint, „dass dieses so versunken schöne Land mit seinen liebenswerten Menschen mehr denn je Freunde braucht in aller Welt. Wahre Freunde". Nur: Alice Schwarzer gehört sicher nicht dazu. Sie ist eine wahre Freundin der Militärdiktatoren.

Frau Schwarzer ist eine weit gereiste Touristin; das beschreibt sie eindrucksvoll. Aber Fakten scheint sie nicht wahrzunehmen. Myanmar ist eines der ärmsten Länder der Welt, vergleichbar mit Nordkorea. Das Militär regiert das Land mit eiserner Faust seit einem halben Jahrhundert, hält die Grenzen dicht und unterdrückt seine ethnischen Minoritäten. Eine halbe Million sind laut Uno-Klassifizierung Vertriebene im eigenen Land. Kurz, Burma ist ein verrottetes Gefängnis für 50 Millionen Menschen.

Frau Schwarzer, wie so viele vor ihr, ist dem idyllischen Zauber einer vergangenen Welt verfallen, das Leben der echten Menschen in Burma berührt sie dagegen nicht. Hat sie nicht die Hungerbäuche der Kinder im nördlichen Kachinland gesehen? Wie kann man seine Familie in Würde beisammenhalten, wenn der örtliche Militärkommandant die jährliche Reisernte einfordert, sodass für die eigenen Kinder nichts übrig bleibt?

Ich kenne keine Burmesin, die sich wie Alice Schwarzer nur einfach wünschte, dass „diese alten Knochen so bald wie möglich verschwänden". 1988, kurz vor dem Aufstand, den die Militärs blutig zusammenschossen, sagte mir die Mutter meiner Freundin W. L. in Rangun: „Ich will Waffen ergreifen, denn wenn ich sterbe, nutzt dies zumindest meinen Kindern und Enkeln." Diese Frau verzweifelte nicht an britischen Kolonialbeamten, sondern an burmesischen Generälen, für die ihr Ehemann arbeiten musste.

Burma ist ein verrottetes Gefängnis für 50 Millionen Menschen

Es ist schwer zu fassen, wie Frau Schwarzer, die sich große Verdienste darum erworben hat, dass sich Frauen in Deutschland ihrer Rechte bewusst wurden und erfolgreich für sie stritten, die universalen Menschenrechte in Burma vergessen kann und zur Apologetin der Unterdrückung wird.

Dabei meine ich nicht nur die tägliche Vergewaltigung durch eine undemokratische Militärregierung. Wie in so vielen Entwicklungsländern, in denen Menschenrechte nicht respektiert werden, leben die Menschen in Myanmar in einer „Tyrannei der Gesellschaft", wie John Stuart Mills schon im 19. Jahrhundert beobachtete. Der und die Einzelne muss sich den hierarchischen und patriarchalischen Normen einer Gemeinschaft unterwerfen, die Autorität über individuelle Rechte stellt, alles Neue verwirft und den Fortschritt verteufelt. Doch auch in Myanmar suchen junge Frauen sich von einer traditionellen Gesellschaft zu emanzipieren. Vor 25 Jahren saß ich vor einer dieser von unsagbarem Zauber umschlungenen Pagoden im Irrawaddy-Delta mit meiner Freundin W. L. Wir sprachen über unser Leben und unsere Hoffnungen für die Zukunft. Nie werde ich W. L.s Seufzer vergessen: „Ich bin es leid, immer nur die Tochter meines Vaters sein zu können." Das werden die „jungen Mädchen in boomenden Hotels" Frau Schwarzer wohl kaum ins Ohr geflüstert haben.

Natürlich stimmt es, dass gemessen an unseren Standards auch Regimekritiker nicht immer koscher sind. Sie sind auch nur Kinder ihrer Gesellschaft. Deshalb müssen Freiheit und Gleichheit an die Stelle von Hierarchie und Autorität treten. Und da das tägliche Leben nun einmal weitgehend aus Wirtschaften besteht, sind Wirtschaftsreformen die notwendige Voraussetzung dafür, dass sich eine freie, auf individueller Verantwortung basierende Gesellschaft entwickeln kann.

Es ist eine Form von Menschenverachtung oder zumindest -missachtung, wenn wir westlichen Intellektuellen unsere Träume von einer besseren Welt auf die „glücklichen Wilden" (Jean-Jacques Rousseau) projizieren. Auch in den 30er-Jahren reisten zahlreiche Intellektuelle aus westlichen Ländern in Stalins Sowjetunion und berichteten, dass zwar nicht alles ideal sei, aber der Fortschritt der Menschheit unter dem Kommunismus zu schützen sei. Damals wie heute begründen Intellektuelle ihr Wegsehen mit den klassischen Argumenten einer verklärten Romantik, eines verstaubten Antikolonialismus, gemischt mit primitivem Antiamerikanismus und der Sehnsucht nach einer Alternative zu Coca-Cola. Aber das „kleinere Übel" ist nicht der Schah statt Mullahs; das kleinere Übel ist die Modernität des westlichen Individualismus, der sich zunehmend auch in Asien durchsetzt.

Ich habe lange geglaubt, der Tourismus könne Burma verändern. Vor einigen Jahren, als die Generäle den Tourismus als Devisenquelle entdeckten, stritt ich darüber mit Aung San Suu Kyi, die seit 20 Jahren mit unbeugsamer Geduld die Würde der Menschen in Burma verkörpert. Ich sagte, Touristen kämen überall hin, wie Ameisen. Die Generäle könnten sie nicht kontrollieren, die Welt würde die Wahrheit über ihr Regime lernen. Aung San Suu Kyi war strikt anderer Meinung: Sie würden den Militärmachthabern nur nutzen. Sie hatte recht: Touristen lernen nichts, sie verharmlosen das Unrecht.

Was die Menschen in Burma brauchen, sind Freunde, die ihnen Hilfe bringen. Humanitäre Hilfe beim Wiederaufbau der verwüsteten Regionen, und politische Hilfe, sich der Diktatur zu entledigen.

STEFAN COLLIGNON ist Präsident der französisch-birmanischen Gesellschaft.

Mehr als Merkel

Auch die Kanzlerinpartei befindet sich in einer Identitätskrise – eine Gefahr für ihre Wahlchancen 2009

PETER EHRLICH

Aufruhr, Intrigen, Führungsschwäche – darüber wird täglich berichtet, und meist kommen dabei die Buchstaben S, P und D vor. Neuerdings gibt es aber auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so etwas wie den wöchentlichen Aufruhr. Vergangene Woche wurde stundenlang über Steuerentlastungen gestritten, vorgestern konnten Partei- und Fraktionsführung nur mühsam den Koalitionskompromiss zur Förderung erneuerbarer Energien gegenüber den Abgeordneten durchsetzen.

Die Unruhe in der traditionell eher braven Unionsfraktion hat nicht nur etwas zu tun mit dem Unmut über den Zustand der Großen Koalition. Sie geht tiefer, es geht um die Identität der Unionsparteien. CDU und CSU sind auf dem Weg in eine ähnliche Krise wie die SPD. Ihre Mitglieder, vor allem aber die mittleren Funktionäre haben Probleme, die großen gesellschaftlichen Themen und Trends mit den eigenen Traditionen in Übereinstimmung zu bringen. Ähnlich wie viele in der SPD noch heute Probleme mit der Agenda 2010 haben, haben viele in der Union die rasanten Positionswechsel ihrer Chefin Angela Merkel nicht richtig verdaut.

Merkel hat als Konsequenz aus dem schlechten Wahlergebnis 2005 die damaligen Angriffspunkte der SPD fast vollständig beseitigt. Sie gibt sich nicht mehr wirtschaftsliberal, sondern betont mehr das Soziale an der sozialen Marktwirtschaft. In der Energie-, Klima- und Familienpolitik schlägt sie sich auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte. Der Kanzlerin beschert das beste Umfragewerte, und der dritte, verdeckte Angriffspunkt der Wahlkampagne Gerhard Schröders im letzten Wahlkampf 2005 – „Die kann es nicht" – hat sich von selbst erledigt.

Schock von Schleswig-Holstein

Obwohl die CDU immer stärker Kanzlerpartei war als die SPD, reicht Merkels Performance allein für die Union nicht aus. Sie reicht nach außen nicht, wie die Umfragen zeigen, die CDU und CSU bundesweit meist wieder unter 40 Prozent sehen und befürchten lassen, dass die Union bei der Wahl 2009 nicht so sehr viel besser abschneidet als 2005. Wenn der Unmut der Bevölkerung über die Große Koalition zunimmt und der Trend in Richtung kleinere Parteien anhält, könnte es am Ende sogar noch weniger sein. Das würde die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union bedrohen, selbst wenn sie dann weiter die Kanzlerin stellt.

Aus Sicht Merkels wäre eine Jamaikakoalition mit FDP und Grünen sogar noch attraktiv, wenn die Union nur auf 33 Prozent der Stimmen kommt. In der Fläche aber bedeutet das noch weniger Bundestagsmandate, mittelfristig weniger Einfluss in Ländern und Gemeinden. Viele in der CDU stehen noch unter dem Schock der Kommunalwahlergebnisse in Schleswig-Holstein, wo die CDU landesweit von mehr als 50 auf 38 Prozent gestürzt ist. Wie in Bayern knabbern auch hier freie Wählergruppen am konservativen Kuchen, und viele frühere Unionsanhänger gehen gar nicht mehr wählen. Bei der SPD hat der Genosse Desinteresse schon lange den Genossen Trend abgelöst, inzwischen trifft der Wählerstreik auch die Union.

Die guten Umfragewerte ihrer Vorsitzenden reichen für die CDU nicht zum Wahlsieg

Das hat auch damit zu tun, dass viele Unionsleute „ihre" Themen zu kurz kommen sehen. Steuern senken und zugleich Sozialleistungen ausbauen, das hat doch unter Helmut Kohl auch geklappt. Ohne es zuzugeben, glauben viele CDU-Leute, dass man den Staatshaushalt ruhig etwas langsamer sanieren könnte. Das FDP-Motto „Mehr Netto vom Brutto" ist wie geschaffen für die Kernwählerschaft der CDU. Die Glaubwürdigkeitsfalle, in die läuft, wer zu viel verspricht, interessiert viele Abgeordnete nicht.

In der Energiepolitik ist es ähnlich. Natürlich ist jeder irgendwie für saubere Energie. Aber eine Basis, die vor Kurzem noch über die Verspargelung der Landschaft mit Windrädern schimpfen durfte und von den Wählern Druck wegen der hohen Strompreise bekommt, tut sich schwer mit einem Programm, das Strom zwar sauberer, aber auf Dauer auch teurer macht. Was nützt es dem einzelnen Abgeordneten, wenn Merkel ihren Ruf als Klimakanzlerin rettet, er aber seinen Wahlkreis verliert?

Luft nach unten für die Union

Niemand würde deshalb Merkels Führungsanspruch infrage stellen. Aber die Frage, wie sie führt, wird in der CDU wieder öfter gestellt. Viele in der Partei haben den Eindruck, dass Merkel mit einer kleinen Schar enger Vertrauter alles bestimmt. In den Führungsgremien gab es monatelang kaum offene Diskussionen. Fraktionschef Volker Kauder hat Probleme mit den Abgeordneten, weil er für sie zu sehr Exekutor der Kanzlerinwünsche ist und zu wenig Sprecher einer selbstbewussten Fraktion. Deshalb kommt es häufiger vor, dass kontroverse Einzelmeinungen nach draußen dringen. Die Fraktion wird ähnlich disziplinlos wie die Unionsministerpräsidenten, unter denen sich stets einer mit Meinungen weit jenseits der Parteilinie findet.

Diese Probleme kann Merkel nicht mit noch mehr Druck lösen. Sie muss mehr Leute einbinden und für ihre Politik nutzen als die engen Vertrauten in Kanzleramt, Parteizentrale und Fraktion. Das Angebot ihres Stellvertreters Christian Wulff, mehr Zeit der Bundespolitik zu widmen und den Bereich Wirtschaftspolitik in einem noch zu bildenden Team abzudecken, sollte Merkel annehmen. Zwar hat sie Grund, Wulff und anderen CDU-Männern zu misstrauen. Aber als potenzieller Kanzler sieht sich Wulff ohnehin. Ihn auf Abstand zu halten könnte auf Dauer gefährlicher sein, als ihn einzubinden. Die Rolle des führenden Wirtschaftspolitikers in der Union ist seit Längerem vakant. Wulff ist zwar ordnungspolitisch nicht so klar aufgestellt wie einst Friedrich Merz, wie sein Engagement für das VW-Gesetz zeigt. Aber gegenwärtig ist auch nicht die Zeit für radikale Modelle.

Merkel sollte ernsthaft über ein etwas breiter aufgestelltes Führungsteam nachdenken. Sie selbst wird 2009 das wichtigste Argument für die Wähler sein. 2005 hat aber auch gezeigt, dass sie keine brillante Wahlkämpferin ist. Auf dem großen Umfrageabstand zur SPD jedenfalls kann Merkel sich nicht ausruhen. Die SPD hat im Prinzip den Boden erreicht, nach der Reduzierung auf ihre absolut treuen Stammwähler kann es nur noch nach oben gehen. Bei CDU und CSU ist dagegen noch Luft nach unten.

E-MAIL ehrlich.peter@ftd.de

PETER EHRLICH ist FTD-Chefkorrespondent. Er schreibt jeden zweiten Donnerstag an dieser Stelle.